

II-8700 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 4266 IJ

1989-09-28

ANFRAGE

der Abgeordneten Ingrid Korosec, Dr. Gertrude Brinek
und Kollegen
an den Bundesminister für Arbeit und Soziales
betreffend Schadenersatz bei Arbeitsunfällen

§ 333 ASVG schränkt die Schadenersatzpflicht des Dienstgebers gegenüber dem Dienstnehmer bei Arbeitsunfällen ein. Der Dienstgeber wird durch die gesetzliche Unfallversicherung weitgehend von der "betrieblichen Haftpflicht" entlastet.

Dem gegenüber stehen eine Reihe von Begünstigungen für den Dienstnehmer in der gesetzlichen Unfallversicherung:

1. Die Leistungen aus der gesetzlichen Unfallversicherung werden ohne Rücksicht auf ein Fremdverschulden gewährt; ein allfälliges Mitverschulden des Geschädigten hat keinerlei Einfluß auf den Umfang der zu gewährenden Leistungen.
2. Versehrtenrenten werden unabhängig von einem konkreten Verdienstausfall gewährt; in vielen Fällen liegt der Versehrtenrente überhaupt kein konkreter Schaden bei den Erwerbsmöglichkeiten zugrunde.
3. Im normalen Schadenersatzrecht ist der Schaden vom Geschädigten in einem oft lang dauernden und mit manchmal hohen Kosten verbundenen Verfahren genau zu beziffern und nachzuweisen. Leistungen aus der gesetzlichen Unfallversicherung werden aufgrund eines relativ raschen Verfahrens viel einfacher festgestellt.

- 2 -

4. Die Unfallrenten können ohne Ruhensbestimmungen ungekürzt neben einem Erwerbseinkommen bezogen werden und sind bei einer Kapitalisierung im Regelfall weitaus höher als allfällige Schmerzensgelder.

Trotz dieser Begünstigungen des Dienstnehmers im Bereich der Arbeitsunfälle kommt es doch immer wieder bei einigen wenigen krassen Fällen zu einem unbefriedigenden Ergebnis aufgrund der oben geschilderten Rechtslage der Einschränkung der Schadenersatzpflicht des Dienstgebers gemäß § 333 ASVG.

So hat die Fernsehsendung "Argumente" am 26.7.1989 zwei Beispiele von Geschädigten dargestellt, bei denen aufgrund der Schwere der Verletzungen - hervorgerufen durch einen Arbeitsunfall - der Ausschluß der Schmerzensgeldforderungen aufgrund der bestehenden Rechtslage und die Einschränkung der Schadenersatzpflicht durch den Dienstgeber zu Härten geführt haben. Um bei derart krassen und schweren Fällen eine befriedigende Regelung der Ansprüche der Dienstnehmer bei Arbeitsunfällen ermöglichen zu können, stellen die unterfertigten Abgeordneten an den Bundesminister für Arbeit und Soziales folgende

Anfrage:

1. Wie werden Sie sicherstellen, daß im Rahmen der gesetzlichen Unfallversicherung alle Kosten für berufliche und soziale Maßnahmen der Rehabilitation inklusive ev. notwendiger plastischer Chirurgie in jedem einzelnen Fall unter großzügiger Interpretation der diesbezüglichen gesetzlichen Bestimmungen abgegolten werden?
2. Könnten Sie sich vorstellen, daß im Rahmen der Unterstützungsfonds der einzelnen Unfallversicherungsträger dafür Sorge getragen wird, daß in berücksichtigungswürdigen, krassen Einzelfällen voller Schadenersatz inklusive teilweisem Schmerzensgeld geleistet wird?

- 3 -

3. Wie hoch sind derzeit die Mittel der einzelnen Unterstützungsfonds der Unfallversicherungsträger?
4. Falls die derzeitige Höhe der Mittel der Unterstützungsfonds der Unfallversicherungsträger für die Befriedigung von Schadenersatzansprüchen - eventuell inklusive teilweisem Schmerzensgeld - in berücksichtigungswürdigen, krassen Fällen von Arbeitsunfällen nicht ausreichen, wie könnten Sie sich eine bessere Dotierung dieser Fonds vorstellen?
5. Wie hoch wären die Kosten für einen vollen Schadenersatz - eventuell inklusive teilweisem Schmerzensgeld - bei Arbeitsunfällen, aufgeschlüsselt auf die einzelnen Unfallversicherungsträger?
6. Wie hoch wären die Kosten bei der Gewährung von Schmerzensgeld bei Arbeitsunfällen, aufgeschlüsselt auf die einzelnen Unfallversicherungsträger?